

Der Staat muß, zumindest bei seiner Gesetzgebung, vom Menschen nach dem Sündenfall ausgehen.

Johann Wilhelm Gaddum

Politische Sitten

Wer den vorangestellten Titel liest, meint vielleicht, hier beginne ein rabulistisches Moralisieren über die vielen öffentlichen und halböffentlichen, zum Teil im politischen Bereich selbst, zum Teil im Wirtschaftsleben mit seinen politischen Verflechtungen sich abspielenden Affären und Skandale.

Doch solches ist hier nicht beabsichtigt. Soweit es einem nicht schlechthin die Sprache verschlägt, haben dies bereits andere besorgt, mit jenem täglichen Medienernst und jener normativen Gründlichkeit, wie sie Kritikern fast nur hierzulande zur Verfügung stehen, wenn es gilt, politischen Morast aufzudecken oder das Aufgedeckte unter Gesichtspunkten der öffentlichen Moral zu würdigen.

Ausnahmsweise wollten wir deshalb die beklagten öffentlichen Kalamitäten nicht direkt angehen, sondern uns über den Weg moralistischer Kritiker ihnen nähern, deren Argumente nicht nachahmend, sondern sie ein wenig in Frage stellend.

Vernetzungen schlechten Stils

Gehen wir also Argument für Argument durch: Um das Einfachste gleich in die Mitte zu rücken: Es heißt, deutschen Gemeinwesenverantwortlichen – das sind Politiker jeglichen Grades – fehle es an Stil und bei der „Bewältigung“ jüngerer und fernerer Vergangenheit an Erinnerung. Hinzu kommt dann gleich als zum gleichen Komplex gehörend der Vorwurf fehlender „Kinderstube“: der Politiker, nein der Republik überhaupt.

Nun gut: stilvoll ist es nicht, wenn ein späterer Berliner Bürgermeister schnell einmal an einem scheinbar unbelauschten Ort Rechtsradikalen ein paar tausend Mark zuschiebt, damit sie der eigenen Partei keine Scherereien machen. Sauberer Wahlkampf? Bestimmt nicht. Und wenn von einem Konzernboß einem Parteivorsitzenden – heute seines Zeichens Bundeskanzler – so schnell über den Tisch 50 000 Mark in bar in die Hand gedrückt wer-

den – für Parteizwecke natürlich – und der nimmt sie einfach so: das ist zwar nicht unsauber, obwohl es danach riecht, aber stilvoll ist es gewiß nicht.

Doch aus was oder aus wem setzt sich in einer wirklichen Demokratie die „politische Klasse“ zusammen? Gewiß nicht aus blauem Blut – wozu auch – und auch nicht aus lauter stiltrainierten Absolventen von Eliteschulen – vor denen uns Gott und die bisher fehlenden Einrichtungen verschonen mögen. Es sind Leute aus dem Volk: weder als Stilisten geboren noch als solche nach vorne gekommen oder im rauen politischen Aufstiegsgeschäft zu solchen geworden. Vorbilder an Stil und Moral? Wird da nicht in die Politiker und über sie natürlich in den Staat projiziert, was man selber nicht ist und auch nicht sein kann: zum mindesten im politischen Personal solle einem das eigene Ich-Ideal begegnen?

Natürlich gibt es *typische Formen der Vernetzung schlechten Stils* in dem, was man politisches Geschäft nennt: das Zusammentreffen zwischen einer mehr oder weniger ausgeprägten Großmannssucht von im Sinne der feinen Gesellschaft (gibt es sie irgendwo ohne das jeweils Halbseidene?) ganz und gar nicht stilsicheren Wirtschaftsfunktionären und in ihrer Herkunft und persönlichen Lebensweise proletenhaft-kleinbürgerlichen Politikern. Manchmal mögen sogar Großmannssucht und kleinbürgerlich-proletenhafte Kumpanei in den Stilen beider kumulieren. Und natürlich ist es ein Problem: mit der Rekrutierung und dem Aufstieg von Politikern. Der hierher gehörende Vorwurf lautet: In der gegenwärtigen „politischen Klasse“ (der Ausdruck trifft nicht ganz zu, sie regeneriert sich – noch – nicht aus sich selbst) fehle es an gestandenen Quereinsteigern aus den sonstigen, wirtschaftlichen und sozialen vor allem freiberuflichen Eliten; es gebe in den Regierungen und Parlamenten fast nur noch Berufspolitiker und beurlaubte Beamte, also vorwiegend Leute, die ausschließlich von Politik leben, und solche Politiker seien eben auch leichter korrumpierbar. Er ist so leicht nicht zu entkräften.

Politiker sind sehr gut als Sündenbock zu gebrauchen

Aber wie soll das in einer sehr arbeitsteiligen Dienstleistungsgesellschaft anders gemacht werden? Wie soll ein Freiberufler den für ihn im allgemeinen doch nicht gerade risikofreien Schritt in die Politik tun? Andererseits: es scheint wirklich bei vielen Berufspolitikern die Meinung und ein entsprechend unwiderstehlicher Drang vorzuherrschen, erst durch Anhäufung materieller Reichtümer wirklich etwas sein zu können (oder zu wollen), also den politischen Beruf nicht nur so nebenbei, sondern hauptsächlich als Mittel *wirtschaftlichen* „Aufstiegs“ zu benutzen. Das erhöht natürlich die Korruptierbarkeit und Bestechlichkeit. Allerdings, was diese beiden Formen von Sittenverderbnis angeht, wissen Geschichtsschreiber des 19. Jahrhunderts sogar aus dem angeblich mit allen guten preußischen Tugenden ausgestatteten Bismarckreich – auch den Eisernen Kanzler selbst betreffend – Erheblicheres zu berichten, als es zu gegenwärtigen Regierungen selbst der ehrgeizigste Enthüllungsjournalismus zutage fördert. Und nicht nur Italien, selbst Frankreich wäre als Demokratie schon zugrunde gegangen, machte man aus jeder Korruptionsaffäre eine politische Krise.

Das eigentliche Problem wird also wohl sein: gewiß eine *übermäßig materielle Gesinnung* bei Politikern in einem angeblich postmateriellen Zeitalter – aber wo gibt es die sonst im gesellschaftlichen und persönlichen Dasein nicht- und – sicherlich wichtiger, im Grunde problematischer – das Bedürfnis nach einem stabilen Selbstwertgefühl, das die Politik dem Politiker offenbar häufig nicht vermittelt. Warum das so ist, *dem* wäre nachzugehen.

Und was die fehlenden Quereinsteiger betrifft: in hochspezialisierten Dienstleistungsgesellschaften geht das eben so. Die Medien, aus denen neben den Universitäten die Kritik an der Professionalisierung der Politik hauptsächlich kommt, sollten einmal bei sich selbst überlegen, wie sie Quereinsteigern eine Chance geben; vielleicht wirkt das dann anregend auch auf den politischen Bereich.

Aber da sind noch die Gedächtnislücken bezüglich jüngerer und vor allem fernerer Vergangenheit. Politiker haben ein natürliches Interesse, das weniger Erbauliche in ihrem Leben oder aus ihren Geschäften kleinzuschreiben oder gar zu vertuschen. Sie tun es von selbst, brauchen gar nicht erst durch die ihnen auferlegte Vorbildfunktion dazu genötigt werden. Aber die *Nötigung durch Vorbildfunktion* gibt es natürlich auch. Und wahrscheinlich ergänzt sich beides zum zittrigen Vorsatz: ja keinen Fehler machen. Die Fehler und Blackouts passieren so natürlich erst recht. Die öffentliche Freude darüber ist dann mindestens so groß wie der obligatorisch zu äußernde Unmut. Und erst beides zusammen ist so recht dazu angetan, ganze Nationen monatelang zu beschäftigen, während es doch so sinnreich wäre, Regierung und Parlamenten wegen der Sicherung des Rentensystems, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der doch alle

interessierenden Technologiepolitik mit Sachargumenten auf die Finger zu sehen. Aber nicht zufällig gibt es politische Redakteure in großer Zahl, während gute Wirtschaftsjournalisten, denen ihr Metier auch noch Spaß macht, recht selten anzutreffen sind. Politik ist für ihre Kritiker besonders in Massendemokratien mit wirklicher Pressefreiheit halt immer auch noch das beste und relativ risikofreie Unterhaltungsgeschäft. Politiker sind gerade in Massendemokratien als Sündenböcke gut zu gebrauchen.

In der Vergangenheitsbewältigung steckt auch Pharisäisches

Mit den Erinnerungslücken, die sich auf sehr viel weiter Zurückliegendes beziehen, wird es allerdings sehr viel schwieriger. Da kommt vieles zusammen an unbewältigter Vergangenheit und schlecht bewältigter Gegenwart. Man stockt schon beim Wort. Warum immer dieses Bewältigen, wo alles wirkliche Bewältigen aussichtslos ist? Aufarbeiten wäre besser. Da weiß jeder von vornherein, daß immer noch Unaufgearbeitetes übrig bleibt. Aber man will das perfektionistischere Bewältigen. Vielleicht weil sich das Unaufgearbeitete besser damit verdrängen läßt (zum Unterschied zwischen beiden vgl. HK, Mai 1985, S. 197 ff.). Die Schuld, die die *Generation der Väter* (heute vielfach Großväter) auf sich geladen hat, ist groß – in allen Teilen des Dritten Reiches und allen Staatsgebieten, die die Nazis Deutschland einverleibt hatten. Wäre weniger verdrängt worden, wäre nicht noch 40 Jahre nach dessen Ende durch Gerichte und vor allem politisch – ich meine anhand von konkreten Personen, mit dem Nazismus als Ganzem und wie es dazu kam, wird Gott sei Dank keine Generation je ganz fertig werden – so vieles aufzudecken und zu klären.

Seitdem es den „Fall Waldheim“ gibt, scheint es aber zwischen Bundesrepublikanern und Österreichern eine Art wetteifernde Auseinandersetzung zu geben, welches von beiden Ländern nun Vergangenheit, vor allem *antisemitische*, mehr oder besser oder erst gar nicht verdränge. Es ist schwierig und vermutlich auch stilwidrig, sich in die Auseinandersetzung über unterschiedliche Ansichten seiner verschiedenen Vaterländer übereinander einzumischen. Aber wenn Bundesdeutsche der vielleicht nicht immer aus den Wolken geholten Ansicht sind, Österreicher hätten es sich mit der Aufarbeitung ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit (noch) weniger schwer gemacht als die Bundesdeutschen – die DDR kann ohnehin schlecht zum Vergleich herangezogen werden –, so sollten sie vielleicht trotz aller deutschnationalen Österreicher, die fast bruchlos ins Nazitum übergingen, und trotz beträchtlich vieler Österreicher in den nazistischen Führungsreihen doch wenigstens bedenken, daß nicht der „Austrofaschist“ Schuschnigg in die erste deutsche Republik, sondern Hitler in Österreich einmarschiert ist, wie groß auch nach allem, was vorausgegangen war, die Zustimmung zum „Anschluß“ unter der

damaligen österreichischen Bevölkerung sein mochte. Und sollten Österreicher tatsächlich die besseren Verdränger oder auch nur weniger selbstquälerisch sein als andere Bevölkerungen deutscher Zunge, so möge man ihnen doch wenigstens zugute halten, daß sie sich ihren Freud und ihren Adler (auch ihren Schnitzler) selbst her- vorgebracht haben.

Wer aber *in Österreich* meint, angesichts des speziellen alteingefleischten, weit übers Land hinauswirkenden Antisemitismus und trotz Holocaust immer noch auf antisemitische Gefühle nicht verzichten zu können und unsaubere Methoden einiger Leute zum Anlaß neuer Verschwörungstheorien nimmt, sollte gerade, wenn er katholisch ist, nicht nur die eigene Mitschuld am Genozid an den Juden bedenken, sondern sich auch daran erinnern, daß Österreicher nicht nur die tieferen Einblicke in die eigene Seele, sondern überhaupt übermäßig vieles an spezifisch österreichischer Kultur jüdischen Mitbürgern von einst verdanken. Aber offenbar macht gerade solches den Antisemitismus – wie auch anderswo – so zählebig. Trägt wenigstens die historische Geste des Papstes, sein Besuch in der römischen Synagoge (vgl. ds. Heft, S. 205), auch im jetzt überhitzten Österreich ein wenig zur Versöhnung bei? Hoffen wir's!

Was den „Fall Waldheim“ selbst betrifft, hat er freilich auch seine komischen politischen Seiten. Wenn jemand so unpolitisch ist, daß er meint, er könne als Spitzendiplomat sich mit generalisierend ungenauen Angaben über sein Leben im Dritten Reich und im Krieg hinweghelfen, und dabei Generalsekretär der Vereinten Nationen wird, weiß man nicht so recht, ob man das beunruhigend oder erheiternd finden soll. Einfalt ist zwar gefährlich, aber irgendwo auch sympathisch. Das ist im Weltmaßstab ungefähr so, wie wenn in Bonn ein mit allen Wassern gewaschener Generalsekretär dem Vorsitzenden seiner Partei in einer gerichtsrelevanten Angelegenheit einen Blackout bescheinigt. Abgefeimt ist unsere „politische Klasse“ offenbar trotz allem nicht. Wenigstens die Praktiker unter unseren Moralisten des Politischen müßten sich eigentlich darüber freuen.

Doch zurück zur Sache: soviel an Verdrängen und Wegsehen immer wieder auftaucht, die Tendenz zum Verdrängen unter den Alten ist nicht viel größer als der Pharisäismus unter den Jungen und denen, die die Jungen dafür ausnutzen. Wer Vergangenheit *auf Zukunft hin* bewältigen, aufarbeiten will – und das ist wohl der mit Aufarbeitung allein erreichbare Sinn –, muß wissen, daß er politische Freiheit um so leichter verliert, je weniger er sich, sei es mit den Lebensbedingungen in einer Diktatur, sei es mit den *vermutbaren Haltungen* einer Bevölkerung, also auch seiner eigenen, auseinandersetzt. Hier scheint es weithin an Einsichtsfähigkeit zu fehlen, sonst könnte es nicht geschehen, daß selbst seriöseste „Quellen“ zwischen überzeugten Nazis, Mitläufern und Überlebens- taktikern kaum unterscheiden. Man setzt ein Volk von Helden voraus für eine Situation, der man sich selbst nicht zu stellen hat.

Oder andersherum: Will man einem in diesen Wochen verstorbenen Bischof einen Vorwurf machen, von dem sein Nachfolger sagte, er habe jedem die Tür gewiesen, der ihn über ehemalige Nazis ausschnüffeln wollte, obwohl er selbst beträchtlich viel und seine Diözese noch mehr unter den Nazis zu leiden hatten. Gut, er war Bischof. Aber wenn sich – aus einem Akt des Verzeihens heraus – ein Privatmann ähnlich verhielte, hätte der von vorneherein die schlechtere politische Moral als wer politische Auseinandersetzung heute mit Vergangenheitsbewältigung bestreiten will? Werden nicht gerade so Vergangenheit *und* Gegenwart verzerrt?

Der Staat ja, aber die Parteien ...

Nicht minder problematisch und unter Umständen fataler, weil auf die *res publica*, auf das Gemeinwesen als solches bezogen, wirken andere Formen und Sektoren verzerrter Vergangenheitsbewältigung.

In den letzten Monaten konnte man angesichts der verschiedensten Affären und Skandale in Reden und Gesprächen über „politische Kultur“ immer wieder das Argument hören, wenn die Bundesrepublik – Parallelen gab es auch in Österreich – so wenig politische Kultur entwickle, dann hänge das vor allem auch damit zusammen, daß der Nationalsozialismus alles an demokratischer politischer Kultur verdorben habe, bevor es sich überhaupt entfalten konnte. Dazu kommt das ebenso stete wie tiefe Komplexe bloßlegende Bedauern darüber, daß die Demokratie der Bundesrepublik kein deutsches Eigengewächs sei, sondern praktisch von den Siegermächten ins Land gebracht wurde.

Beides ist zwar nicht zu leugnen, auch wenn letzteres differenziert werden müßte. Aber bei jedem auftauchenden Krisensymptom geradezu zwanghaft an Geburtsfehler zu erinnern, könnte für die Zukunft des demokratischen Gemeinwesens ebenso gefährlich werden, wie wenn man sie als politisches Datum einfach übersieht. Vergangenheitsbewältigung ist ja nicht nur Verarbeitung des Nationalsozialismus, sondern Deutschland hat wie Österreich eine sehr viel längere „Vorgeschichte“ – auch des Nationalsozialismus, aber besonders des heutigen politischen Lebens. Und man könnte über Geburtsfehlern und oft nur scheinbar redlicher Vergangenheitsbewältigung leicht die Einschätzungs- und Verhaltensfehler gegenüber politischen Gemeinwesen *jetzt* übersehen. Anzeichen dafür gibt es genug gerade bei den professionellen Moralisten des Politischen.

Dazu gehört vor allem die Art der Auseinandersetzung mit dem tief eingewurzelt *obrigkeitsstaatlichen Erbe*, dazu gehört auch eine immer noch nicht überwundene Neigung zur ideellen wie moralischen *Überhöhung des Staates* bei gleichzeitiger *Unterbewertung des Politischen* als staatlich-gesellschaftlicher Entscheidungsfindung. Im ersten Fall treffen sich die emotionale Abwehr noch vorhandener Verhaltensweisen mit der Angst des einzelnen vor der sein Freiheitsbedürfnis kontrollierenden und ein-

engenden Gesetzgebung. Im zweiten Fall taucht erst recht jenes in den Politiker als Führungsperson und Repräsentant des Staates projizierte Ich-Ideal auf, so in etwa nach dem Motto: Politik ist ein garstiges Geschäft, ich mache mir die Hände damit nicht schmutzig. Aber ich weiß, wie ein ideales Gemeinwesen auszusehen und zu funktionieren hat. Nur die vielen mittelmäßigen Politiker mit ihrer Unfähigkeit und ihrem schlechten Stil korrumpieren es.

Mitten da hinein gehört ein seltsam übersensibles Sichreiben an der wirklichen oder auch nur angeblichen *Parteiendemokratie*. Hierzulande sieht man nicht nur gerne über den „kleinen“ Kanal, um die „feine englische Art“ zu glorifizieren, die der kontinentale Durchschnittsbürger dann doch nur in eher verrotteter Form in Fußballstadien antrifft. Man schießt auch gerne über den „großen Teich“, weil in den USA politische Parteien nur „Wahlvereine“ sind, während sie bei uns als gefräßige Großorganisationen alles verschlingen, was es an öffentlicher Macht und an Einfluß gibt. Als ob die Systeme hüben und drüben auswechselbar wären, und als ob hier die Gewaltenteilung vor allem zwischen der zweiten und der „vierten“, der politischen Exekutive und den Medien überhaupt nicht mehr funktionierte und nicht nur bei „Bild“, sondern bei „Spiegel“ und „Stern“ und in öffentlich-rechtlichen Medien ohnehin lauter Regierungsfreunde oder Unionsdelegierte und ein andermal lauter SPD-Parteistrategen säßen.

Gewiß nimmt der Trend zur Parteiendemokratie insgesamt eher zu – obwohl die durch *große und kleine Interessengruppen paralyisierte Demokratie* vermutlich für eine absehbare Zukunft die größere Gefahr ist. Aber wer wirklich wissen will, was eine Parteiendemokratie ist, sollte sich in wesentlich näheren Regionen umsehen – in Italien zum Beispiel.

Was eine Demokratie stabil macht

Aber nochmals zurück zur Sache: Was das politische Gemeinwesen hierzulande besonders braucht, ist vor allem *mehr Sachlichkeit*. Es gibt genügend Gegenwarts- und Zukunftsprobleme, über die in den Parlamenten und in den Medien zu streiten sich lohnt. Personalisierung, vor allem Personalisierung in einem destruktiven Sinne, ist billiger Politikersatz. Aber es braucht auch vor allem mehr Mut zu „nur“ politischen Lösungen in wirklich durch Mehrheitsentscheidungen zu klärenden Fragen. Nirgends im westlichen Europa wird Politik gegenwärtig so sehr *verrechtlicht* und der Spielraum des Gesetzgebers so sehr eingeengt wie in der Bundesrepublik, als ob Staatsanwälte und Verfassungsrichter die stets weiseren Politiker wären.

Dazu gehört auch, daß den *Parteien als Organen der politischen Willensbildung* – ihre Funktion ist vom Grundgesetz ohnehin auffallend vorsichtig umschrieben – ihr Platz gelassen wird. (Übrigens zur Parteienfinanzierung: Warum sollen Parteien *nicht* gemeinnützigen Vereinen

gleichgestellt sein? Ist die Finanzierung durch den Steuerzahler denn plausibler? Parteien sind doch keine Organe des Staates, wohl aber unersetzliche in den Staat hineinwirkende das Gemeinwesen mittragende politische Organisationen.) Natürlich braucht ihr Einfluß Grenzen und Gegengewichte. Aber ihre Grenzen mit Anspruch auf eine Art Allkompetenz überschreiten auch andere Organisationen mit politischem Gewicht: die Gewerkschaften, sogar die Kirchen.

Schließlich täte die Überwindung einer positiven wie negativen *Idealisierung von Politikern nach reinen Sympathiewerten* gut. Und auch selbstverständliches Rechnen mit Krisen, Affären und auch Stilbrüchen gehört zu einer Versachlichung politischer Prozesse. Hinter jeder Affäre Systemfehler und personelle Abgründe zu wittern oder mit Politikern gewohnheitsmäßig umzugehen, als ob sie keinen Anspruch auf Selbst- und Fremdschuld hätten, ist einer Demokratie nicht minder abträglich als nicht mit einer Ideal-, sondern nur Durchschnittsmoral ausgestattete Politiker. Politikergesichter in Medien für Psychostudien oder Physiognomiedemonstrationen zu benutzen, ist ebenso geschmacklos wie Spendenkumpanei. Die reine Häme am politischen Personal (sie ist jeweils nur die Kehrseite des Rufes nach dem starken Mann) ist nicht minder demokratieschädlich wie die Glorifizierung von politischen Idolen. Auch Politiker haben ein Anrecht darauf, nach Sachleistungen, äußerst kritisch, aber nach Sachleistungen am Gemeinwesen beurteilt zu werden. Alle anderen moralischen Maßstäbe in bezug auf Politik sind rational nicht begründbar.

Und schließlich gehört zur Demokratie, daß sie Ungleiches und so auch Überragendes nicht hervor-, aber zur Geltung bringt, daß sie aber auch mit Mittelmäßigem zu leben lernt. Wenn sie neben den Schmidts, Weizsäckers und Kreiskys, auch mit den Kohls und Sinowatz' einige Zeit zurechtkommt, ist an Staats-, Führer- und Monarchenkult vermutlich mehr bewältigt als durch noch so verdienstvollen politischen Stilpurismus.

Auch Männer in höchsten Staatsämtern, die während des Dritten Reiches keine Helden, aber auch keine Nazis waren, müssen zu verkraften sein, soweit sie sagen, was sie taten und soweit sie sich keiner offensichtlichen Verbrechen schuldig gemacht haben. Sie dürften so sogar mehr zur Aufarbeitung (nicht zur Bewältigung) der Vergangenheit beitragen als das scheinbar sichere Gefühl, im gesamten Gemeinwesen befänden sich nur reinrassig Unschuldige. Jedenfalls braucht einem dann um die nähere und fernere Zukunft der Demokratie trotz Geburtsfehlern und Affären weniger bange zu sein, als wenn wir von lauter Leuten regiert würden, die – jedenfalls für andere – immer schon wissen, was zu tun ist oder hätte getan werden müssen. Juden freilich sollten vor allem wir Christen nicht verübeln, wenn sie auch einmal auf nicht selbstlose Weise übergenu sind. Wir allesamt schulden ihnen zu vieles, was wir nicht nur nicht bewältigen, sondern auch nicht aufarbeiten können. *David Seeber*